
Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 01/07

1. IANSA: UN-Departement für Abrüstung soll bisherigen Status verlieren

Das Department für Abrüstung (DDA) soll nach Plänen des neuen UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon seinen jetzigen eigenständigen Status verlieren und stattdessen dem Departement für Politische Angelegenheiten unterstellt werden. Diese Umstrukturierung stößt auf Kritik des Internationalen Aktionsnetzes zu Kleinwaffen (IANSA). Schließlich sei die Abrüstungsabteilung auch für den Kleinwaffen-Prozess der Vereinten Nationen zuständig und könnte unter einem anderen Departement sowohl an Handlungsspielraum und als auch an Expertenwissen verlieren. IANSA und weitere zehn Nicht-

regierungsorganisationen sandten einen Protestbrief an Ban. Darin argumentieren sie, dass gerade in Zeiten steigender Gefahr durch Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen wie Kleinwaffen der Stellenwert von Abrüstungsmaßnahmen nicht verringert werden dürfe.

Nach Gesprächen scheint sich nun abzuzeichnen, dass das Abrüstungsdepartement dem Büro des Generalsekretärs zugeordnet werden soll, berichtete IANSA auf seiner Internetseite: http://www.iansa.org/un/2007/DDA_downgrade.htm

2. Appell an Merkel: Unterschriftenliste gegen Rekrutierung von Kindersoldaten

terre des hommes Deutschland und die Aktion Weißes Friedensband rufen Bundeskanzlerin Merkel dazu auf, sich – besonders im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – dagegen einzusetzen, dass in vielen Ländern der Welt Kinder als Soldaten in den Kriegen der Erwachsenen missbraucht wurden. Diese Menschenrechtsverletzungen würden durch den Export und den Verkauf von Kleinwaffen möglich, heißt es im Text der Unterschriftenliste „Kinder sind keine Soldaten! Keine Waffen für Kinder!“

Die Bundeskanzlerin solle daher ein verbindliches internationales Abkommen unterstützen, das den Waffen- und Munitionshandel kontrolliere. Es dürften keine Waffen in Krisengebiete geliefert werden. Außerdem müssten die

europäischen Leitlinien für die Arbeit der EU zu Kindern in bewaffneten Konflikten umgesetzt werden.

Die Unterschriftenliste kann unter info@tdh.de oder bei terre des hommes, Ruppenkampstraße 11a, 49084 Osnabrück angefordert werden. Die Listen sind bis zum 9. Februar 2007 an diese Adresse zurückzusenden.

Zusammen mit der Aktion Weißes Friedensband, in dem verschiedene deutsche Nichtregierungsorganisationen versammelt sind, unterstützt terre des hommes auch dieses Jahr den „Red Hand Day“. An diesem Aktionstag gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten werden jedes Jahr öffentliche Aktionen in Schulen und Innenstädten veranstaltet.

3. Heckler & Koch: Waffen für völkerrechtswidrige Kriege?

von André Maertens

Neuen Informationen zufolge scheint das in Mexiko bei der Armee eingeführte Sturmgewehr FX-05 nicht mit deutschen Komponenten gefertigt zu werden. Das FX-05 ähnelt äußerlich jedoch sehr dem G36 von Heckler & Koch. Obwohl mexikanische Stellen die Waffe als eigenständige Entwicklung preisen, ist daher sehr wahrscheinlich, dass es zumindest teilweise einen Technologietransfer gegeben hat. Ob dieser aus Deutschland oder aus anderen Staaten erfolgte, ist nicht sicher. Mexikos Regierung hatte mehrfach Interesse an deutschen Waffen bekundet, nun scheint es eine billige Lösung für diese Nachfrage gegeben zu haben. In jedem Fall besitzen die mexikanischen Sicherheitskräfte mit dem FX-05 eine neue moderne Infanteriewaffe, mit der in den Krisengebieten weitere Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten.

Auf der neuen Internetseite von Heckler & Koch USA wird neben anderen Neuentwicklungen das Gewehr HK416 vorgestellt. Diese Waffe ist eine Weiterentwicklung des früheren M16-Karabiners der US-Armee. Das M16-Gewehr galt nach vielen Jahren als veraltet und war außerdem als nicht robust genug befunden worden. Heutige Einsatzszenarios z.B. im Irakkrieg stellen höhere Ansprüche an Handfeuerwaffen, etwa was zusätzliche Zielfernrohre oder Lichtmodule anbelangt. Diese Wünsche kann die deutsche Firma H&K anscheinend erfüllen und produziert damit Waffen für eine Armee, die Menschen ohne rechts-

staatliche Kontrolle in geheime Gefängnisse verschleppen und dort foltern ließ. Gleiches lässt sich über H&K-Modernisierungsprogramme für britische Sturmgewehre sagen. Aber auch deutsche Soldaten – ausgerüstet mit Waffen von Heckler & Koch – sollen sich an Menschenrechtsverletzungen beteiligt haben, wie der Spiegel berichtete (<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,461282,00.html>).

Zudem scheint H&K auf seinem Firmengelände in Oberndorf am Neckar auch Munitionstransporte zu tätigen. Dies ist ein Geschäftszweig, der wohl erst in den letzten Jahren aufgebaut wurde. Inwieweit hier die deutsche Politik mit im Spiel ist und ob dies als deutsche Beteiligung an einem völkerrechtswidrig geführten Krieg gelten muss, bleibt vorerst offen.

Zu diesen Planungen passt auch, dass H&K USA mit der Söldnerorganisation Blackwater ein Bündnis eingegangen zu sein scheint, wie Artikel von Waffenfanatikern im Internet berichten. Blackwater gilt als eine der größten privaten Sicherheitsfirmen und besitzt in den USA ein modernes Trainingsgelände, wo nun anscheinend auch mit neuesten H&K-Waffen geschossen werden darf. Dass viele der von Sicherheitsfirmen in Krisengebiete geschickten „Personenschützer“ bereits fester Teil einer verdeckten Kriegsführung der US-Regierung sind und sich zudem oftmals außerhalb der Genfer Konventionen bewegen, fällt scheinbar nicht mehr ins Gewicht. Die deutsche Bundesregierung ist aufgerufen, hiergegen aktiv zu werden.

4. Neue Rubrik: Entwicklungen und Trends im Munitionsbereich

Das Votum der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Ausarbeitung eines weltweit verbindlichen „Arms Trade Treaty“ im Dezember 2006 ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass die Kleinwaffenproblematik mittlerweile auch ins Bewusstsein der verantwortlichen Politiker gedrungen zu sein scheint. Andererseits dürfen diese Erfolge natürlich nicht darüber hinweg täuschen, dass es jenseits der Bemühungen um eine bessere Kontrolle des illegalen Handels mit Kleinwaffen noch viel zu tun gibt. Zwei im vergangenen Jahr erschienene Publikationen belegen dies eindrucksvoll: sowohl „Targeting Ammunition: A Primer“ von Small Arms Survey (im Internet unter:

http://www.smallarmssurvey.org/files/sas/publications/b_series2.html)

als auch „Ammunition: The Fuel of Conflict“ von Oxfam (im Internet unter:

http://www.oxfam.org/en/policy/briefingnotes/bn060615_ammunition)

lenken den Blick von der (Klein-)Waffe selbst auf ihre Munition. In den beiden Studien wird deutlich, welche Gefahr von diesem Bereich ausgeht. So ist es zu begrüßen, dass die deutsche Sektion von Pax Christi auf ihrer Delegiertenversammlung 2006 einen Beschluss gefasst hat, diesem Phänomen verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen (im Internet dokumentiert unter: <http://www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen>

[/one.news.km/index.html?entry=page.news.km.184](http://one.news.km/index.html?entry=page.news.km.184)). Und auch „Ohne Rüstung Leben“ plant im kommenden Jahr Aktionen zur Munitionsproblematik.

In diesem Kontext werden Fabian Sieber (pax christi) und Andre Maertens (RüstungsInformationsBüro) in den folgenden Monaten eine Rubrik im Kleinwaffen-Newsletter gestalten. Diese soll Informationen darüber aufbereiten,

5. Mexiko: Kleinwaffenlieferungen aus der EU

Die Tageszeitung junge Welt berichtete am 13.12.2006 über Rüstungsexporte aus der Europäischen Union an Mexiko. Unter der Überschrift „Töten als Geschäft. Der Waffenexport der BRD und der Europäischen Union in internationale Konfliktregionen boomt“ informiert Johannes Plotzki über Kleinwaffen-Exporte nach Mexiko. Er zitiert aus dem EU-Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005, der Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen im Wert von insgesamt 4,4 Millionen Euro aufliste. Lieferländer seien Österreich, die Tschechische Republik, die Bundesrepublik Deutschland und Spanien gewesen.

Allein der Anteil der deutschen Exporte belaufe sich für den Berichtszeitraum 2005 nach Aussagen der Regierung auf insgesamt sieben Einzelgenehmigungen im Wert von 692.165 Euro. Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung seien unter anderem Gewehre und Maschinenpistolen als Exportgüter genannt worden. Plotzki kritisiert diese Exportpolitik und weist auf die schweren Menschenrechtsverletzungen hin, die 2006 in mehreren Regionen Mexikos,

welche Trends in der Munitionsentwicklung die Realität der Kriege in den kommenden Jahren prägen werden. Durch Portraits ausgewählter Herstellerfirmen soll jedoch auch die Produzentenseite nicht vernachlässigt werden. Der erste Beitrag der neuen Rubrik im Februar wird sich mit neuartiger Munition für deutsche Polizeipistolen (der Modelle von Heckler & Koch bzw. Walther) befassen.

z.B. im Bundesstaat Oaxaca, von Regierungseinheiten begangen wurden. Der Artikel aus der jungen Welt findet sich unter:

<http://www.jungewelt.de/2006/12-13/012.php?sstr=Mexiko>

Auf der Internetseite der Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist außerdem eine ausführliche Analyse von Johannes Plotzki zum Thema Rüstungsexporte nach Mexiko zu finden (<http://www.imi-online.de/2006.php?id=1465>)

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang die weiterhin geltende Gesetzgebung des so genannten „Vertrauensschutzes“, die es Waffenfirmen erlaubt, für in früheren Jahren exportierte Waffen Ersatzteile zu liefern. Dass etwa Waffen von Heckler & Koch, die eventuell vor vielen Jahren nach Mexiko verkauft oder dort in Lizenz gebaut wurden, tatsächlich im Einsatz sind, belegt ein Bericht auf „Indymedia“ über die militärische Niederschlagung von Lehrerstreiks im vergangenen November (<http://de.indymedia.org/2007/01/165215.shtml>).

6. Schweiz: jährlich 300 Tote durch Kleinwaffen

Ein Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ weist auf die Gefahr hin, die von den in Schweizer Haushalten gelagerten Armeewaffen ausgeht. Mehr als 300 Menschen würden bei Suiziden und Familientragödien jedes Jahr in der Schweiz mit diesen Waffen getötet. Die Zeitung bezieht sich dabei auf den Kriminologen Martin Killias, der eine Studie zu diesem Thema erstellt hat. Vor kurzem sind erste Ergebnisse im Journal des Kriminologischen Instituts der Universität Lausanne veröffentlicht worden, die gesamte Studie soll im Sommer 2007 erscheinen.

Killias spricht sich dagegen aus, dass wehrpflichtige Männer – wie bisher in der Schweiz üblich – ihre Sturmgewehre, Karabiner und Pistolen mitsamt der Munition mit nach Hause nehmen dürfen. Große Teile der Bevölkerung denken wohl ähnlich. Doch die starke Schweizer Waffenlobby wird sehr wahrscheinlich weiterhin die Gesetzgebung zu ihren Gunsten beeinflussen können.

Der Artikel findet sich unter:

<http://www.nzz.ch/2006/12/18/eng/article7357024.html>

7. Somalia: Mogadischus Einwohner wollen Waffen behalten

Eine von der Regierung Somalias in der Hauptstadt Mogadischu geplante Entwaffnungsmaßnahme ist laut einer Meldung der „tageschau“ kläglich gescheitert. Die „dilletantisch durchgeführte Aktion“ habe die Stimmung nur weiter aufgeheizt, berichtete Stefan Ehlert aus dem ARD-Hörfunkstudio Nairobi. Ohne ihre Waffen fühlten sich die meisten Somalier wehrlos, da die Regierung keine Sicherheit garantieren könne. Vielen diene ihr Gewehr als Mittel zum Geldverdienen. So würden sich junge Männer als Milizionäre an die Privatarmeen von Geschäftsleuten und Kriegsherren verkaufen.

Zudem sei nach Ehlerts Worten lediglich geplant gewesen, die Bevölkerung Mogadischus zu entwaffnen, nicht aber andere Teile des Landes. Die Bewohner der Hauptstadt verlangten für ihre Kalaschnikows Geld oder einen Job als Gegenleistung, heißt es in dem Artikel, worauf die somalische Regierung aber wider besseren Wissens nicht vorbereitet gewesen sei. Sie habe gar kein Geld für Demilitarisierungsmaßnahmen.

Daher, so Ehlert, sei auch die Entwaffnung aller Milizen und Privatleute auf unbestimmte Zeit verschoben worden, was sich aber noch nicht herumgesprochen habe. Der gesamte Bericht findet sich unter:

http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6271100_REF3,00.html

Währenddessen meldete Spiegel Online am 10. Januar, dass einem UN-Bericht zufolge bereits zehn Staaten die Konfliktparteien in Somalia mit Waffen und Ausrüstung beliefern würden. Diplomaten und Experten würden nun vor einem Regionalkrieg am Horn von Afrika warnen. Sie fürchteten, ein solcher Stellvertreterkrieg auf somalischem Boden könne extremistische Kämpfer anziehen und zu Terrorattentaten in der Region führen.

Der Spiegel-Artikel und der Infokasten „Risiko für die Region“ finden sich unter:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,458836,00.html>

8. USA: Privater Waffenbesitz erhöht Mordrate

Zu einem erschreckenden Ergebnis kommt eine Studie der Harvard School of Public Health. Untersucht wurde hier der Zusammenhang von Waffen in Haushalten und der Mordrate. Die Studie stützt sich auf Datenmaterial des U.S. Center for Disease Control and Prevention, das 200.000 Personen in allen Bundesstaaten befragt habe. Ein Ergebnis sei, dass in den Staaten mit den höchsten Waffenbesitzzahlen bis zu 60 Prozent höhere Mordraten zu verzeichnen seien. Die New York Times zitiert den Bericht und weist auf Aussagen des Justizministeriums hin, dass in den USA mehr als 200 Millionen Handfeuerwaffen in privatem Besitz seien. Der Artikel findet sich unter:

http://www.nytimes.com/reuters/news/news-guns-murders.html?_r=3&oref=slogin&oref=slogin&oref=slogin

Die Brady Campaign, die sich in den USA für eine Verringerung der Kleinwaffengewalt einsetzt, hat einen Bericht mit dem Titel „Shady

Dealings: Illegal Gun Trafficking from Licensed Gun Dealers“ veröffentlicht. Er befasst sich mit Problem, dass lizenzierte Waffenhändler immer wieder Waffen an Kriminelle verkaufen. Die Presseerklärung zu dem Bericht findet sich hier:

<http://www.bradycampaign.org/media/?pagename=release&release=872>

Ein weiterer Bericht beschäftigt sich mit den Aktivitäten der National Rifle Association (NRA). Darin wird unter anderem beschrieben, wie NRA-Mitglieder sich an Brüchen der Waffengesetze beteiligt und Sicherheitsbehörden an ihrer Arbeit gehindert hätten. Die Argumentation der Waffenlobby, dass man strengere Waffengesetze akzeptieren werde, sei damit als Heuchelei enttarnt, heißt es in dem Bericht „The NRA: A Criminal’s Best Friend — How The National Rifle Association Has Handcuffed Federal Gun Law Enforcement“. Eine Presseerklärung dazu findet sich unter:

<http://www.bradycampaign.org/media/?pagename=release&release=839>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib.freiburg@gmx.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Velbert
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ...sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: André Maertens.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ und



**Friedenszentrum
Braunschweig**

